

P-1-B Neue Perspektiven gegen alte Krisen

Gremium: 2. Länderrat 2020
Beschlussdatum: 26.07.2020
Tagesordnungspunkt: P - Aktuelle politische Lage

Antragstext

1 Wir leben in einer krisenhaften Gesellschaft. Die letzten Wochen und Monate
2 haben uns mehr als deutlich vor Augen geführt, was das bedeutet. Dabei hat
3 Covid-19 ans Tageslicht gebracht, welche Konsequenzen die Versäumnisse der
4 letzten Jahre haben. Die Verbreitung von Corona war dabei nicht die Ursache,
5 sondern Katalysator der Krisen und Symptom der Verfassung unserer Gesellschaft
6 zugleich. Die Gleichzeitigkeit der gegenwärtigen Krisen stellt uns vor komplexe
7 Herausforderungen. Stärker als bisher ist nun offensichtlich geworden, dass wir
8 es uns nicht leisten können, die Probleme, die unzählige Leben jetziger und
9 zukünftiger Generationen bedrohen, aufzuschieben und uns mit kurzfristigen
10 Schönheitsreparaturen zufrieden zu geben. Die Gesundheitskrise gefährdet nicht
11 nur die medizinische Versorgung ganzer Gesellschaften, sondern offenbart auch
12 die unbeständige Solidarität zwischen Nationen, für die wir weltweit wie in der
13 Europäischen Union hart gekämpft haben. Die Wirtschaftskrise, unter deren
14 Vorzeichen schon jetzt unzählige Existenzen bedroht sind, droht unsere
15 Gesellschaft weiter und tiefer zu spalten als je zuvor. Der tief in unserer
16 Gesellschaft verankerte Rassismus wirkt als Verstärker bestehender und Erzeuger
17 neuer Ungleichheitsmechanismen.

18 Dass wir nun mit diesen Krisen umgehen müssen, sollte niemanden überraschen. Sie
19 zeigen keine neuen Probleme. Sie sind der Ausdruck einer krisenhaft angelegten
20 Gesellschaft, deren Mechanismen sich in existenzbedrohender Ungerechtigkeit
21 zeigen und in unzulänglichen (Ab)Sicherungssystemen manifestieren.

22 Diese Krisen sind im System angelegt. Krisen sind längst keine kurzfristigen
23 Ereignisse mehr, die sich mit einzelnen Maßnahmen lösen lassen. Sie sind zum
24 traurigen Normalzustand geworden, über den zu häufig hinweggesehen wird. Doch
25 das muss nicht so bleiben. Um diese Krisen wirklich anzugehen und eine bessere
26 Welt zu erkämpfen, müssen unsere Lösungen an der Wurzel ansetzen: Systembedingte
27 Probleme brauchen systemverändernde Lösungen!

28 Wir sehen auch unzählige Menschen, die das erkannt haben. Aktivist*innen
29 verschiedener Bewegungen schließen sich zusammen und organisieren sich im Kampf

30 für Gerechtigkeit und eine lebenswerte Zukunft. Gemeinsam stehen wir für
31 solidarische Wege aus der Krise, die dort ansetzen, wo es notwendig ist. Wir
32 schaffen neue Perspektiven gegen alte Krisen!

33 **Fight Every Crisis: Klima in der Krise**

34 Starke Momente der Organisierung von Aktivist*innen haben wir in den letzten
35 Jahren im Kampf gegen die Klimakrise erlebt. Ganze Gesellschaften sind weltweit
36 auf die Straße gegangen um globale Klimagerechtigkeit und das Recht auf Zukunft
37 einzufordern. Neben Überschwemmungen, Hitzesommern und Dürreperioden als direkte
38 Konsequenzen erhöhter Durchschnittstemperaturen steigt auch das Auftreten von
39 Infektionskrankheiten durch gestörte Ökosysteme mit geringer Biodiversität:
40 Covid-19 hat erneut gezeigt, welche Auswirkungen der Raubbau an der Natur für
41 uns haben kann. Um hier entgegenzuwirken, müssen Maßnahmen Hand in Hand gehen:
42 Wir brauchen ein grundsätzliches Umdenken in der Landwirtschaft, das die
43 Produktion guter Nahrung unter guten Bedingungen im Rahmen planetarer Grenzen
44 sicherstellt. Ökosysteme brauchen Platz! Das Eindämmen des Flächenverbrauchs,
45 der konsequente Kampf gegen vor Umweltverschmutzung und der strenge Schutz von
46 großen und zusammenhängenden Naturschutzgebieten stellt das sicher.

47 Effektiver und konsequenter Natur- und Artenschutz ist unsere Existenzbedingung
48 und muss auch als solche behandelt werden.

49 Um der Klimakrise wirkungsvoll entgentreten zu können, fordern wir seit Langem
50 weltweit das effektive und gezielte Handeln der Regierungen ein. Covid-19 hat
51 gezeigt, dass dies nicht unmöglich ist. Gemeinsam mit Virolog*innen,
52 Gesundheitsexpert*innen, den Bundesländern und der Opposition wurden nationale
53 Maßnahmen und Krisenpläne binnen einer Woche aufgestellt und verabschiedet.
54 Sogar die Schwarze Null wurde über Bord geworfen, um die Konsequenzen der
55 Pandemie einzudämmen. Auch die Klimakrise muss als politische Krise ernst
56 genommen und als solche behandelt werden. Das Eindämmen der Klimakrise erfordert
57 noch tiefgreifendere Veränderungen – doch sie trifft uns auch weniger
58 unerwartet. Sie zu bewältigen erfordert ein hohes Maß an demokratischer
59 Teilhabe: Demokratie bedeutet, dass Menschen über die sie betreffenden Umstände
60 selbst mitentscheiden können. Eine klimaneutrale Gesellschaft kann nicht einfach
61 von oben verordnet werden. Sie zu erreichen, ist ein komplexer
62 Aushandlungsprozess, in dem zentrale und dezentrale Initiativen Hand in Hand
63 gehen müssen. Wir brauchen partizipative Räume, wie bspw. Bevölkerungsräte, um
64 staatliches und zivilgesellschaftliches Handeln zusammen zu bringen.

65 Die Krisen unserer Zeit hängen zusammen: Ihre strukturellen Ursachen gleichen
66 sich. Sie müssen gemeinsam und konsequent bekämpft werden. Der Weg aus der Krise
67 kann nur durch systematische Lösungen gelingen.

68 **Klatschen zahlt keine Miete: Gesundheit in der**
69 **Krise!**

70 Covid-19 hat unsere Gesundheitssysteme weltweit auf den Prüfstand gestellt. Wir
71 konnten deutlich sehen, dass sie den Anforderungen nicht gewachsen sind. Dabei
72 haben wir beobachtet, wie die von der europäischen Austeritätspolitik
73 gebeutelten Gesundheitssysteme in Südeuropa besonders hart getroffen wurden. Die
74 Folgen sind verheerend und zeigen uns unmissverständlich, dass die
75 Ökonomisierung von Gesundheitssystemen tödlich ist. Doch auch in Deutschland
76 wurde das Gesundheitssystem systematisch kaputtgespart. Die Umsetzung von
77 Profitlogiken im Gesundheitsbereich zeigt sich auch hier im Abbau von Betten und
78 der seit Jahren anhaltenden Pflegekrise. Die Bedürfnisse von Patient*innen und
79 Pfleger*innen sind weit in den Hintergrund gerückt. Die Corona-Pandemie hat
80 jedoch verschärft gezeigt, wie wichtig sie sind, wenn wir besonders auf eine
81 funktionierende Gesundheitsversorgung angewiesen sind.

82 Die Wertschätzung der Arbeit von Pfleger*innen wurde vor allem durch abendlichen
83 Applaus sichtbar. Der angekündigte Pflegebonus sollte sie – zumindest einmalig –
84 auch auf dem Lohnzettel abbilden. Dass dieser nun ausschließlich einer kleinen
85 Gruppe der Beschäftigten zu Gute kommen soll, ist weder angesichts der hohen
86 alltäglichen Arbeitsbelastung, noch als Ausdruck der Wertschätzung im Rahmen der
87 Krise angemessen. Ein flächendeckender Bonus von 1.500 € für alle
88 gesellschaftsrelevanten Berufe wäre ein erster guter Schritt zu angemessener
89 Wertschätzung und Bezahlung. Doch es geht um mehr als einmalige Boni: Um unser
90 Gesundheitssystem zu sichern, müssen sich die Arbeitsbedingungen in der Pflege
91 endlich verbessern und endlich ein fairer Tariflohn für die Pflege her!

92 Die Gesundheitsversorgung hat die bestmögliche Versorgung von Patient*innen zum
93 Zweck. Ein Vergütungssystem, das sich nach Fallpauschalen richtet, zwingt aber
94 zur Orientierung am Erlös statt an der Patientin. Für eine gute
95 Gesundheitsversorgung muss sich die Finanzierung nach dem Bedarf richten, nicht
96 nach der Zahl der Fälle.

97 Gesundheit ist keine Ware und die Gesundheitsversorgung von Menschen darf nicht
98 als solche behandelt werden. Unsere Gesundheit ist mehr wert als die Profite
99 einzelner!

100
101 Die Pandemie hat einen weiteres Konfliktfeld in den Mittelpunkt gerückt:
102 Öffentlicher Raum muss neu aufgeteilt werden. Mehr Platz für nachhaltige
103 Mobilität, Außengastronomie und öffentlichen Raum für Begegnung und Freizeit
104 schützt die Gesundheit nicht nur in der Corona-Krise: Wenn Autos ersetzt und
105 Luft- und Lärmverschmutzung reduziert werden, steigt die Lebensqualität auch
106 nach der Krise dauerhaft. Die aufgrund der Pandemie nötigen Veränderungen müssen
107 jetzt genutzt werden, um auch langfristig den öffentlichen Raum in den Städten
108 gerecht zu verteilen!

109 Durch die globale Bedrohung ist allerdings auch noch eine weitere Wahrheit
110 deutlich geworden. Nicht nur unsere Gesundheitsversorgung, auch die Solidarität
111 zwischen Ländern weltweit und in der Europäischen Union steht auf wackeligen
112 Füßen: Die Gesundheitskrise ist auch zur Solidaritätskrise geworden. Die erste
113 Antwort der europäischen Nationalstaaten waren Grenzschließungen und
114 Exportstopps für überlebenswichtige Güter. Doch eine globale Krise lässt sich
115 nicht mit Nationalismus lösen! Was wir brauchen, sind gemeinschaftliche
116 Lösungen, von denen alle profitieren. Im global angelegten Wettstreit um
117 Wachstumsraten und Exportrekorde ist Solidarität nicht angelegt. An diesen
118 Grundsätzen müssen wir rütteln, wenn wir gemeinsam erzeugte und erlebte Krisen
119 nicht auf dem Rücken Schwächerer austragen wollen. Bedingungslose Finanzhilfen
120 und die koordinierte Produktion und Verteilung von medizinischer Ausrüstung und
121 Medikamenten öffnen Perspektiven für eine andere Form globaler Kooperation.
122 Weltweite Solidarität muss der Wegweiser für eine universale Krisenbekämpfung
123 sein!

124 **Ein Rettungsschirm für die Menschen:** 125 **Wirtschaftskrise auffangen!**

126 Das Konjunkturpaket der Bundesregierung soll die Wirtschaft aus der Krise
127 bringen. Doch die 130 Milliarden Euro versprechen für die meisten hier lebenden
128 Menschen keine ausreichende Verbesserung und Absicherung. Denn die
129 Wirtschaftskrise trifft nicht alle gleich: Die finanzielle Last tragen zur Zeit
130 vor allem die, die auch schon vor der Krise mit Existenznot gelebt haben.
131 Während Manager*innen noch immer hohe Summen einstreichen, leben etliche
132 Beschäftigte in Kurzarbeit mit Gehältern, die kaum zum Leben reichen. Die
133 Refinanzierung dieser Hilfen über Steuergelder und öffentliche Einnahmen trifft
134 wiederum Geringverdiener*innen am Stärksten. Wir brauchen ein progressives
135 Refinanzierungsmodell und eine klare Zweckbestimmung der Gelder – nur so können
136 sie uns aus der Krise helfen!

137 Schon die ersten Wochen nach den Einschränkungen des öffentlichen Lebens haben
138 uns gezeigt, worauf wir uns einstellen müssen: Die Arbeitslosigkeitsraten
139 steigen, tausende Beschäftigte sind in Kurzarbeit und können von diesem Lohn nur
140 mühsam leben. Prekäre Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse erleben während der
141 Krise einen traurigen Aufschwung. Investitionen in die Rettung von Unternehmen
142 sind wichtig, um kurzfristig Arbeitsplätze zu erhalten und so zahlreiche
143 Existenzen zu sichern. Dabei müssen wir dennoch vor allem diejenigen
144 berücksichtigen, die schon zu oft durch das Raster gefallen sind. Eine sofortige
145 Erhöhung der Hartz-IV-Sätze um 200 € und eine allgemeine Krisengrundsicherung
146 schützen Existenzen vor der gestiegenen finanziellen Belastung und Unsicherheit.

147 Auch junge Menschen und ihre Zukunftspläne sind stark von der Wirtschaftskrise
148 getroffen. Sie wissen nicht, wie es in Ihren Betrieben weiter geht oder wie sie
149 ihren Lebensunterhalt ohne Nebenjob finanzieren sollen. Das Lernen in der

150 Ausbildung oder an der Universität sollte hier im Fokus stehen. Kurzarbeit und
151 Existenzängste sind dabei nur hinderlich. Hier sind unbürokratische Lösungen
152 notwendig: Die Öffnung der BAföG-Förderung und die Erhöhung der BAföG Sätze für
153 Student*innen sowie die direkte Unterstützung Auszubildender sind längst
154 überfällig.

155
156 Die entstehende Kluft zwischen geringerem Einkommen und gleichbleibender hoher
157 Miete führt bei vielen dazu, dass bereits in jungem Alter Schulden aufgenommen
158 werden müssen. Nach Auslaufen des Mietmoratoriums und des Kündigungsverbots ist
159 politisches Handeln umso dringender. Als direkte Maßnahme braucht es eine
160 Verlängerung des Mietmoratoriums, einen Erlass von coronabedingten Mietschulden
161 und eine Anpassung der Mietpauschalen in Bafög und Grundsicherung. Für uns ist
162 klar: Wohnen ist ein Menschenrecht! Jedem Menschen steht das Recht auf ein Dach
163 über dem Kopf zu – unabhängig vom Geldbeutel. Um dieses Recht gewährleisten zu
164 können, darf Wohnraum nicht der Profitmaximierung ausgesetzt sein, muss der
165 Wohnungsbau in die öffentliche Hand gebracht werden und dem Gemeinwohl
166 verpflichtet werden.

167 Die Krise zeigt uns jedoch auch, dass eine Existenzsicherung nicht an Lohnarbeit
168 geknüpft sein darf und Investitionen vor allem auch in belastbare und
169 verlässliche Sicherungssysteme getätigt werden müssen.

170 Wir müssen diese Krise gemeinsam meistern und dabei gleichzeitig bestehende
171 Einkommens- und Vermögensungleichheiten abbauen. Ihre Bewältigung darf nicht auf
172 dem Rücken derer ausgetragen werden, die im bestehenden System durch neoliberale
173 Marktmechanismen in die Armut gedrängt werden. Was wir jetzt brauchen, sind
174 Investitionsmaßnahmen, die uns als Gesellschaft näher zusammen bringen und nicht
175 die Konfliktlinien zwischen Generationen oder marginalisierten
176 Gesellschaftsgruppen aufreißen.

177 Die bisherigen Bemühungen der Bundesregierung werden diesem Anspruch nicht
178 gerecht. Es fehlt an progressiven Umverteilungsmechanismen, die der sozialen
179 Spaltung unserer Gesellschaft auch langfristig entgegenwirken können. Wir
180 brauchen endlich eine Grundsicherung, die den Menschen in seiner Würde und
181 seinen Möglichkeiten nicht einschränkt – sanktionslos und mit genügend
182 Absicherung für soziale Teilhabe. Investitionspakete müssen an diesem Anspruch
183 gemessen werden. Nur der sozial-ökologische Umbau unserer Wirtschaft kann uns
184 aus der Krise führen!

185 **Gesellschaft in der Krise: Solidarität,** 186 **Zusammenhalt und Antirassismus**

187 Krisen befeuern die gesellschaftliche Spaltung mit populistischen Erzählungen.
188 Dies zeigt sich beispielsweise in den selbsternannten „Hygiene“-Demonstrationen,

189 die besonders stark von antisemitischen Ideologien und Verschwörungsmythen
190 geprägt sind. Statt einer sachlichen Auseinandersetzung über sinnvolle und
191 effektive Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie werden hier vermeintliche
192 Schuldige ausgemacht und jahrhundertealte Mythen wieder belebt. Insbesondere
193 Akteur*innen der Neuen Rechten versuchen aus diesem Demonstrationen politisches
194 Kapital zu schlagen. Doch die Sicherheitsbehörden zeigen derzeit in einigen
195 Fällen ein ausgeprägtes Nicht-Handeln. Attila Hildmann beispielsweise konnte auf
196 offener Bühne Morddrohungen gegen Volker Beck aussprechen, ohne dass die Polizei
197 eingeschritten wäre. Durch dieses Wegschauen wird die extreme Rechte in ihrem
198 Handeln bestärkt statt in die Schranken gewiesen! Wir stellen uns daher
199 entschlossen gegen diese Akteur*innen und fordern konsequentes Handeln gegen
200 rechte Strukturen ein. Menschenfeindliche Ideologien können niemals den Weg aus
201 der Krise weisen! Ein Effekt jeder Krise ist die gesellschaftliche
202 Verunsicherung. Damit diese Verunsicherung Hass, Diskriminierung und
203 Ausschließung nicht noch weiter verstärkt, brauchen wir eine effektive Sicherung
204 von Existenzen, transparente Entscheidungsfindung und die Weitergabe von
205 Informationen auf Augenhöhe.

206 In der Krise zeigen sich Symptome des seit Jahren voranschreitenden autoritären
207 Umbaus in Europa und weltweit. Wir sind uns bewusst, dass Krisenzeiten diese
208 Entwicklungen begünstigen können. Daher muss unsere Antwort auf die Krise immer
209 von Solidarität geleitet sein. In aller Deutlichkeit solidarisieren wir uns als
210 Grüne Jugend mit der Black Lives Matter-Bewegung und den weltweit stattfindenden
211 Protesten gegen Rassismus und Polizeigewalt. Der Mord an George Floyd hat eine
212 dringend notwendige Debatte über strukturellen und institutionalisierten
213 Rassismus ausgelöst – weit über die USA hinaus. Diese tief verankerten Rassismen
214 müssen wir auch in Deutschland mit aller Entschlossenheit bekämpfen.

215 Da derzeit aufgrund der Infektionsgefahr viele Bars und Clubs geschlossen sind,
216 treffen sich junge Menschen vermehrt im öffentlichen Raum. Dort werden sie
217 jedoch, auch abseits von Verstößen gegen die Hygieneregeln, zuletzt immer
218 häufiger von Polizei und Ordnungsämtern verdrängt. Junge Menschen brauchen Räume
219 in der Öffentlichkeit. Die Verdrängung aus dem öffentlichen Raum trifft häufig
220 besonders die Menschen, die durch Konsumzwang oder rassistische Zuschreibungen
221 ausgeschlossen werden. Menschen brauchen Freiräume; in einer Zeit, in der ein
222 Treffen draußen viel sicherer ist, gilt das erst recht! Wir sprechen uns
223 deswegen gegen die Verdrängung junger Menschen aus dem öffentlichen Raum aus.
224 Darüber hinaus gab es in den letzten Wochen beim Auftreten von Kriminalität und
225 Verstößen gegen Hygienemaßnahmen immer wieder den Versuch, diese zu ethnisieren
226 und der migrantischen Community eine allgemein größere Neigung zu Kriminalität
227 zuzuschreiben. Die Grüne Jugend verurteilt diese rassistischen Zuschreibungen
228 und fordert alle Sicherheitsbehörden auf, solche Handlungen zu unterlassen.

229 Die Debatte in Deutschland und Europa darf nicht mit warmen Worten enden,
230 sondern muss in tiefgreifenden Veränderungen münden. Insbesondere in der
231 gegenwärtigen Asylpolitik, unzulänglichen sozialpolitischen Maßnahmen und den

232 Sicherheitsbehörden wird der strukturelle und institutionalisierte Rassismus
233 deutlich. Statt reflexartig die deutsche Polizei von Rassismus frei zu sprechen,
234 brauchen wir eine ehrliche und umfassende Analyse über herrschende rassistische
235 Strukturen und Praktiken. Die Skandale der letzten Monate in deutschen
236 Sicherheitsbehörden wie das rechtsextreme Netzwerk Hannibal, der NSU 2.0 und die
237 zahlreichen Opfer deutscher Polizeigewalt machen dies nur allzu deutlich.

238 Die gesellschaftliche Debatte über Ausgrenzung und Rassismus muss sich in allen
239 staatlichen Institutionen und dem Sicherheitsapparat manifestieren. Eine
240 umfassende Reform der Polizei beinhaltet unter Anderem die anonyme
241 Kennzeichnungspflicht für alle Einheiten, externe Ermittlungs- und
242 Beschwerdestellen durch unabhängige Polizeibeauftragte sowie die
243 Entmilitarisierung und rechtsstaatliche Begrenzung von Befugnissen. Nur durch
244 eine neue Fehlerkultur und die vertiefte Ausbildung zu Deeskalationsstrategien
245 und Antirassismus kann der gefährliche Korpsgeist der Polizei gebrochen werden.

246 Als Ideologie der Ungleichheit legitimiert Rassismus auch soziale Unterschiede
247 in unserer Gesellschaft. Hier müssen wir das Problem an der Wurzel packen:
248 Historisch erzeugte soziale und finanzielle Benachteiligungen müssen abgebaut
249 und ausgeglichen werden. Eine mutige Sozialpolitik, die Vielfalt und Teilhabe
250 fördert, ist unerlässlicher Bestandteil einer funktionierenden Demokratie. Sie
251 muss Baustein einer antirassistischen Politik sein.

252 Seite an Seite kämpfen wir gegen rassistische Strukturen und rassistisches
253 Gedankengut. Dieser Kampf muss ernst genommen werden. Nur durch konsequentes und
254 ehrliches Handeln können wir den Rassismus überwinden. Was wir brauchen, sind
255 Lösungen, die Sicherheit, soziale und demokratische Teilhabe für alle
256 garantieren und in die alle gleichermaßen vertrauen können!

257 **Neue Perspektiven gegen alte Krisen**

258 Die Wege aus der Krise müssen zu einem selbstbestimmten Leben in Freiheit und
259 Würde für alle Menschen führen. An diesem Ziel müssen sich auch die Maßnahmen
260 der Krisenbekämpfung orientieren.

261 Die öffentliche Debatte über die strukturellen Ursachen der Krisen wird noch zu
262 wenig geführt. Dennoch sind ihre Anfänge eine Chance, um echte Veränderungen auf
263 den Weg zu bringen. Dieses Handlungsfenster müssen wir nutzen, wenn wir gestärkt
264 aus der Krise hervorgehen wollen. Resilienz und Solidarität müssen dabei die
265 Wegweiser für eine effektive Krisenpolitik sein.

266 Wir stellen uns gemeinsam den komplexen Herausforderungen unserer Zeit. Als
267 Organisation und Teil einer weltweiten Bewegung für tiefgreifende Veränderungen
268 bringen wir die Kämpfe zusammen, die zusammen gehören. Es wird Zeit für neue

269 **Lösungen!**